



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 69 / Juni 2008

Liebe Leserin, lieber Leser,

während der Juni-Plenartagung in Straßburg befassten wir uns mit so wichtigen Themen wie der Abfallrahmenrichtlinie, den Standards zur Rückführung illegaler Einwanderer, dem Euro-Beitritt der Slowakei, dem Energiepaket und der Sicherheit von Straßen und Gefahrguttransporten. Außerdem ernannten wir unseren bisherigen Abgeordnetenkollegen Tajani zum neuen Verkehrskommissar und seinen Vorgänger in diesem Amt, Barrot, zum Kommissar für Innenpolitik und Justiz. Letzterer ersetzt damit den vorherigen EU-Kommissar Frattini, der mittlerweile italienischer Außenminister wurde.

Alles Müll?

Die Europäer produzieren jedes Jahr mehr als 1,8 Mrd. Tonnen Müll, recyceln aber insgesamt nur ein knappes Drittel des Abfalls. In einigen Mitgliedstaaten werden noch bis zu 90 % der Siedlungsabfälle auf Deponien verbracht, in anderen nur 10 %. Daher legten wir jetzt in einer Überarbeitung der EU-Abfallrahmenrichtlinie aus dem Jahr 1975 insbesondere Recyclingvorschriften fest und verpflichten die Mitgliedstaaten, nationale Programme zur Abfallverringerung anzunehmen. Außerdem müssen bis 2015 alle EU-Staaten separate Abfallsammelmechanismen für Papier, Metall, Glas und Kunststoffe einrichten.

Illegale Einwanderung stoppen!

Nach einer vorgelagerten Einigung zwischen Ministerrat und Europäischem Parlament wurde nun die Rückführung illegaler Einwanderer nach EU-weit einheitlichen Standards beschlossen. Die sog. "Rückführungsrichtlinie" schreibt fest, dass illegale Einwanderer künftig aus der EU abgeschoben werden, und zwar entweder in ihre Heimatländer oder in sichere Drittstaaten. Zusätzlich werden sie mit einem fünfjährigen Einreiseverbot für die EU belegt. Diese Regelung gilt wohlgemerkt nur für Illegale, nicht aber für Asylbewerber!

Energiepaket

Mit dem Energiepaket sollen das Funktionieren des europäischen Elektrizitäts-Binnenmarkts gefördert und der Wettbewerb gestärkt werden. Ziel ist der Aufbau eines gemeinsamen Netzes sowie die Gewährleistung einer umfassenden, allgemein zugänglichen, sicheren und nachhaltigen Energieversorgung. Das Energiepaket besteht aus drei Teilen: einer "Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt", einer "Verordnung über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel" sowie einer "Verordnung zur Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden." Nach wie vor umstritten bleibt jedoch die eigentumsrechtliche Ent-

flechtung von Energienetzen und Energieerzeugung.

Sichere Straßen durch Bürokratie?

Vor einem Jahr hatte der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments unter meiner "Rädelsführung" den Richtlinienvorschlag zum Sicherheitsmanagement von Straßen abgelehnt: Hoher Bürokratieaufwand und fehlender Mehrwert waren der Grund für dieses "Nein": Es kann doch nicht sein, dass z.B. über jeden Straßenverkehrsunfall in der EU ein umfangreicher Bericht inklusive eines hypothetischen Vermeidungsszenarios verfasst und zum Abheften in irgendeinem Büro der EU-Kommission nach Brüssel geschickt werden muss! Der Berichterstatter, ein deutscher Kommunist, hatte sich aber seinerzeit geweigert, dem Ausschuss-Votum zu folgen und die Richtlinie fallen zu lassen. Nach monatelangen Verhandlungen mit der Ratspräsidentschaft, in denen ich als Berichterstatterin meiner Fraktion, unterstützt von den Fraktionen der Grünen und Liberalen, die Richtung vorgeben konnte, ließ sich nun doch unsere ursprüngliche Linie durchsetzen. Die nunmehr angenommene Richtlinie ist weitgehend ausgehöhlt. Sie sieht nur noch Leitlinien und Empfehlungen für das Sicherheitsmanagement des transeuropäischen Straßennetzes vor. Die Richtlinie ist so weit entrümpelt, dass den Mitgliedstaaten ausreichender Handlungsspielraum verbleibt. Auch die umfangreichen Berichtspflichten wurden gestrichen!

Gefahrguttransporte

Ein gutes Beispiel für wirklich bessere Rechtssetzung ist dagegen die Richtlinie zur "Beförderung gefährlicher Güter im Binnenland", die wir in Zweiter Lesung annahmen. Hier wurden vier bereits bestehende Richtlinien und vier ergänzende Entscheidungen der EU-Kommission aktualisiert und zusammengefasst. Zusätzlich gilt die Richtlinie nun auch für die Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen. Ziel ist

es, durch harmonisierte Bestimmungen ein hohes Sicherheitsniveau bei Gefahrguttransporten zu gewährleisten und diese mehr und mehr von der Straße auf Bahnen und Schiffe zu verlagern.

Euro-Beitritt der Slowakei

Bei der Abstimmung über den Beitritt der Slowakei zur Eurozone befürwortete die Mehrheit des Europäischen Parlaments die Einführung des Euro in der Slowakei am 1. Januar 2009. Da aber noch Zweifel hinsichtlich der Inflationsrate dieses Landes und insgesamt an der Verlässlichkeit der gelieferten Daten bestehen, habe ich dieser Ausweitung der Eurozone nicht zugestimmt. Die Slowakei wurde aufgefordert, ein dauerhaft niedriges Inflationsumfeld einzuhalten und strukturelle Reformen einzuführen.

Schafe und Ziegen

Nicht jeder muss Schaf- und Ziegenfleisch mögen. Diese Tiere sind aber immens wichtig für die Erhaltung der Kulturlandschaft gerade in schwierigen Lagen, wie z.B. in Bergregionen. Durch eine extreme Steigerung der billigen Importe, hauptsächlich aus Neuseeland, steht jedoch mittlerweile die Zukunft der hiermit nicht konkurrenzfähigen europäischen Schaf-, Lamm- und Ziegenhaltung auf dem Spiel. Wir befürworten daher eine finanzielle Unterstützung unserer Schaf- und Ziegenhalter, da ihre Tiere zum Wohle der Gesellschaft grasen. Mäh!!!

Bis zum nächsten Straßburgbrief im Juli grüßt Sie herzlich, Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de www.europasommer.eu